

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 33

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 29.5.2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vor dem Hintergrund der aktuellen Milchdebatte und im Vorfeld der UN-Gipfelkonferenz zur Finanzmarktkrise beteiligt sich DIE LINKE an der Debatte über eine grundlegende Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Ab S. 2:

- Rede von Hüseyin Aydin (28.5.2009): Subventionierte Milch in Deutschland – Existenznot in afrikanischen Ländern
- Rede von Heike Hänsel (28.5.2009): Neue Ansätze für Weltwirtschaftsordnung entwickeln – konkrete Alternativen unterstützen
- Veranstaltungsbericht (25.5.2009): Widerstand gegen die EU-Freihandelsoffensive in Lateinamerika

DIE LINKE will gesellschaftlichen Gruppen in **Afrika** den Rücken stärken, die aktiv gegen die soziale und politische Unterdrückung arbeiten. In diesem Geiste steht auch die Afrikapolitische Konferenz, zu der DIE LINKE am 27. Juni einlädt. Ab S. 8:

- Positionspapier von Hüseyin Aydin (12.5.2009): Für einen grundlegenden Wandel der Afrikapolitik
- Konferenz der Fraktion DIE LINKE (27.6.2009): Krise der Politik – Politik der Krise: Perspektiven linker Politik in Afrika
- Rede von Hüseyin Aydin (7.5.2009): Landraub im Süden muss gestoppt werden.

DIE LINKE fordert zur Europa- und Bundestagswahl: Bundeswehr raus aus **Afghanistan!** Das diesjährige Friedensgutachten, eine aktuelle Meinungsbefragung hat uns in unserer Haltung bestärkt: Für Afghanistan kann es keine militärische „Lösung“ geben. Ab S. 14:

- Offener Brief von Heike Hänsel an den deutschen Außenminister (20.5.2009): Unterstützung für afghanische Abgeordnete, die US-Bombenangriff auf Zivilisten in ihrer Provinz anklagt
- Pressemeldung von Malalai Joya (14.5.2009): „Dieses Massaker bietet der Welt einen Einblick in die Schrecken, unter denen unsere Bevölkerung leidet!“

Außerdem: **Broschüren** zu aktuellen Arbeitsschwerpunkten der Fraktion DIE LINKE in der Internationalen Politik

Subventionierte Milch in Deutschland – Existenznot in afrikanischen Ländern

In Deutschland erlässt die Bundesregierung den Milchbauern Mineralölsteuer, Exportsubventionen werden wieder eingeführt und die EU kauft Überproduktion auf. Damit liegen die Exportpreise für Milchprodukte im Durchschnitt 52 Prozent unter den Produktionskosten. Die Probleme auf dem europäischen Agrarmarkt bleiben ungelöst und Entwicklungsländer werden mit Milchproduktion zu Dumpingpreisen überschwemmt. Wenn subventioniertes Milchpulver billiger ist als die heimische Milch, dann werden Existenzen vernichtet und Hunger gemacht. Rede von Hüseyin Aydin im Plenum des Bundestages am 28. Mai 2009:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Woche hat die Bundesregierung den Milchbauern einen Teil der Mineralölsteuer erlassen. Schon im Januar wurden nach anderthalb Jahren Aussetzung die Exportsubventionen für Milchprodukte wieder eingeführt. In Deutschland liegen damit die Exportpreise für Milchprodukte im Durchschnitt 52 Prozent unter den tatsächlichen Produktionskosten. Durch Subventionen wie den Mineralölsteuererlass kann man keine fairen Preise erzielen. Die Probleme auf dem europäischen Agrarmarkt bleiben damit weiterhin ungelöst. Butter, Käse und Milchpulver werden zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geworfen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist das ein Irrsinn.

In einem Beschluss vom 5. März 2009 hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Abschaffung der Agrarsubventionen einzusetzen. Auch die Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul unterstützte diese Forderung. Das Versprechen der Landwirtschaftsministerin Aigner, dass keine Exporte in die ärmsten Entwicklungsländer subventioniert werden, wurde gebrochen. Die Behauptung von CDU/CSU und Teilen der SPD, dass die Situation des deutschen Milchmarktes nichts mit den Exporterstattungen und der WTO zu tun hat, ist blanker Unsinn.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn subventioniertes Milchpulver billiger als die Milch der lokalen Bäuerinnen und Bauern ist, dann werden Existenzen in den Entwicklungsländern vernichtet.

(Marlene Mortler (CDU/CSU): Beweise!)

- Hören Sie zu! - 2005 war 1 Liter Milch auf Basis europäischen Milchpulvers in Burkina Faso 15 Cent billiger als die heimische Frischmilch. Dieses Phänomen lässt sich in vielen Staaten Subsahara-Afrikas beobachten. Das hat dort Leben zerstört.

(Marlene Mortler (CDU/CSU): Verschwörungstheorien nennt man so etwas!)

In Sambia ist Milch seit wenigen Jahren eine Einkommensquelle, auch dank deutscher und europäischer Entwicklungshilfe. John Mwemba, Vorsitzender einer Milchkooperative, sagt: „Mit Kühen gelingt es, jeden Monat Geld für Essen, Schule und Medizin zu erwirtschaften.“

Die sambischen Milchbauern erhalten kaum Subventionen. Der Milchkonzern Campina dagegen hat in den letzten fünf Jahren in Deutschland 12,7 Millionen Euro an Agrarsubventionen geschenkt bekommen. Das muss aufhören!

(Beifall bei der LINKEN)

Sollte zudem in Sambia der ohnehin niedrige Zoll auf Milchpulverimporte noch weiter sinken, könnte der Alptraum von Herrn Mwemba Wirklichkeit werden: „Wir werden wieder arm sein.“ Die afrikanischen Länder forderten deshalb, dass 40 Prozent der Produkte mit Zöllen belegt werden dürfen.

(Marlene Mortler (CDU/CSU): So spricht einer, der keine Ahnung hat!)

Die EU hat gegenüber den Entwicklungsländern, den armen Ländern in Afrika, eine Höchstgrenze von 20 Prozent durchgeboxt.

(Marlene Mortler (CDU/CSU): Keine Ahnung!)

Natürlich wollen wir faire Preise für die europäischen und deutschen Milchproduzenten. Die EU hat jedoch durch Anhebungen der Milchquote Überschüsse in der Produktion und gesunkene Preise mit verursacht.

Unsere agrarpolitische Sprecherin Kirsten Tackmann sagt ganz richtig: Von 24 Cent und weniger für einen Liter Milch kann kein Betrieb auf Dauer leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen einen agrarpolitischen Richtungswechsel hin zu einer Stabilisierung der regionalen Märkte mit kostendeckenden Preisen. Dabei müssen wir vor allem über die Marktmacht des Einzelhandels und der Großmolkereien sprechen.

Der Antrag der Grünen zur Abschaffung der Exportsubventionen für Milch kommt zum richtigen Zeitpunkt. Sicher sind einige Ungereimtheiten im Feststellungsteil zu bemängeln. Die Grünen sprechen vom „Geist der Verhandlungen auf der WTO-Ebene“. Die Absenkung der Schutzzölle ist ein Ergebnis der WTO-Verhandlungen. Insofern kann man das Scheitern der Verhandlungen nicht bedauern. Auch die Behauptung, dass die meisten Exporte nach Afrika gingen, ist so nicht richtig. Richtig ist natürlich, dass der Export von 1,2 Prozent der deutschen Agrarprodukte in afrikanische Länder einen unmenschlich hohen Schaden anrichtet.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege.

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):
Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. - Die Behauptung der Koalition, dass die Subventionen deutscher Milchexporte für den globalen Markt unerheblich seien, ist beschämend, kurzfristig und einfach falsch.

(Beifall des Abg. Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE))

Deshalb werden wir, die Entwicklungspolitiker, und viele andere aus meiner Fraktion dem Antrag der Grünen zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Rede, 28.5.2009

Neue Ansätze für Weltwirtschaftsordnung entwickeln - konkrete Alternativen unterstützen

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisiert die Vorschläge der Grünen zur Unterstützung der Entwicklungsländer in der Krise als halbherzig und fordert die Diskussion grundlegender und nachhaltiger Lösungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen in den Ländern des Südens sind nicht erst im Zuge der aktuellen Krise zu Opfern dieser Weltwirtschaftsordnung geworden, sie waren es auch schon in Zeiten des Wachstums. 500 Jahre Kolonialisierung und kapitalistische Globalisierung haben Abhängigkeit und Entwicklungsblockade im Süden zur Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand im Norden gemacht. Umso unbarmherziger schlägt die aktuelle Finanzmarkt-, Produktions- und Klimakrise auf die Länder des Südens durch. Wir brauchen deshalb völlig neue Ansätze für eine Weltwirtschafts- und -finanzordnung, die sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet und demokratisch kontrolliert wird.

Einige der im Antrag der Grünen aufgestellten Forderungen unterstützen wir: DIE LINKE fordert ebenfalls ein internationales Insolvenzverfahren, den Abbau der Agrarexportsubventionen und konkrete Schritte zur Erhöhung der ODA-Quote. Andere Forderungen sind viel zu defensiv formuliert: Die Grünen fordern „*keiner Verschärfung* der Migrationspolitik der Europäischen Union [...] zuzustimmen“ oder „*weitere Schuldenerlasse bei Entwicklungsländern in Erwägung zu ziehen*“ – dies ist halbherzig und das kritisieren wir.

Dass die Aufstockung der IWF-Mittel ein Ansatz zur Stabilisierung der Entwicklungs- und Schwellenländer sei, wie in der Begründung des grünen Antrags behauptet wird, sehen wir nicht. Nicht nur mit Blick auf die Vergangenheit des IWF, sondern auch mit einem differenzierten Blick auf die jüngsten umfangreichen Kreditvergaben – vor allem an osteuropäische Länder – sehen wir vielmehr die Gefahr, dass sich ein altes Muster unheilvoll wiederholt: Die Kreditnehmer treiben in die Schuldenfalle, der IWF – vor kurzem noch als Auslaufmodell gehandelt und im Begriff, von regionalen Banken abgelöst zu werden – wird wieder zum obersten Schuldeneintreiber, der direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Ordnung der von ihm abhängigen Staaten nimmt und dort eine überwiegend prozyklische Wirtschaftspolitik durchsetzt.

DIE LINKE fordert, dass die gegenwärtige Krise genutzt wird, grundlegend über eine Neuordnung des Weltfinanzmarktes nachzudenken. Die Debatte ist längst im vollen Gange. DIE LINKE fordert feste Wechselkurse, eine unabhängige Leitwährung, die vollständige Einordnung von IWF und Weltbank in das UN-System und die Stärkung von Kreditfazilitäten, die regionale Lösungen anbieten. Konkrete Alternativen sind bereits sichtbar, zum Beispiel die von Venezuela initiierte Banco del Sur. Diese müssen unterstützt werden.

Anders als die Grünen hat DIE LINKE eine grundsätzliche Kritik an der Handelspolitik der Europäischen Union. In der Handelspolitik sind die neoliberalen Dogmen noch nicht hinterfragt. Im Gegenteil: Ungeachtet der Krisen-Erfahrungen setzt die EU weiter darauf, in den Partnerländern im Süden Dienstleistungen, darunter auch die Finanzdienstleistungen, zu liberalisieren. Die Forderung nach mehr Flexibilität in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ist uns deshalb zu defensiv. Die ganze Richtung stimmt nicht! DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Neuverhandlung unter einem anderen Mandat, wie sie in vielen AKP-Staaten erhoben wird und wir werden uns der Ratifizierung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen widersetzen. Wir hoffen dabei – trotz gegenteiliger Erfahrungen – auf die Unterstützung der Grünen.

Insgesamt greifen die Vorschläge des vorliegenden Antrags zu kurz, wenn sie den Anspruch erfüllen sollen, „Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise (zu) unterstützen“, wie es im Titel heißt. Nachhaltige Lösungen müssen viel grundsätzlicher an den Krisenursachen ansetzen. Im Vorfeld der UN-Gipfelkonferenz zur Finanzmarktkrise sollten wir die Gelegenheit nutzen, um solche Fragen, die ja international durchaus auf der Tagesordnung stehen, auch hier im Bundestag zu diskutieren.

Die Stiglitz-Kommission hat einige interessante Anstöße dazu gegeben, unter anderem für ein Globales Konjunkturprogramm und zur Neujustierung der internationalen Kreditvergabemechanismen. Die UN-Gipfelkonferenz Ende Juni könnte nun die Chance zu sehr weitreichenden Festlegungen bieten. DIE LINKE begrüßt, dass hier erstmals nicht die nur Krisenverursacher, sondern mehrheitlich die Krisenopfer über die Bewältigung der Krise und neue Regulationen verhandeln werden. Deshalb müssen von dieser Konferenz auch starke Botschaften ausgehen, die den Anspruch auf Regelungskompetenz der UN untermauern. Der Präsident der UN-Vollversammlung, Pater Miguel d'Escoto Brockmann aus Nicaragua, hat bereits sehr weitreichende Vorschläge eingebracht, unter anderem die Ablösung des Dollars als Reservewährung. Auch die künftige Rolle des Internationalen Währungsfonds hat d'Escoto sehr grundsätzlich in Frage gestellt. Für uns weisen diese Vorschläge in die richtige Richtung. DIE LINKE unterstützt auch seine Forderungen nach globalen Steuern auf Kohlendioxid und Finanztransaktionen.

Allerdings – wenig überraschend – hat d'Escoto für seine Vorschläge starken Gegenwind aus den Staaten des Nordens geerntet. Ich fordere die Bundesregierung auf, bei den laufenden Verhandlungen über das Abschlussdokument die fortschrittlichen Ansätze aus dem d'Escoto-Entwurf zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass der UN-Gipfel konkrete Wege in eine andere Weltwirtschaftsordnung aufzeigt. Das wäre die Voraussetzung, um einen wirkungsvollen und vor allem nachhaltigen Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgen in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu organisieren.

Vielen Dank!

(Rede zu Protokoll)

Widerstand gegen die EU-Freihandelsoffensive in Lateinamerika

mit Alfredo Holguín (Kolumbien) und William Rodriguez (Nicaragua)

Veranstaltung der Bundestagsfraktion DIE LINKE unter Mitwirkung von Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL Berlin), Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. (München), Polo Democrático Alternativo Deutschland (PDA Alemania) und AK Internationalismus der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin

In Konkurrenz zu den USA und China versucht die Europäische Union, ihre wirtschaftlichen Interessen in Lateinamerika zu sichern – durch Freihandelsverträge, die ihren Konzernen ungehinderten Zugang zu allen Bereichen der lateinamerikanischen Volkswirtschaften eröffnen sollen. Doch die EU gerät mit ihrer Freihandelspolitik zunehmend in Konflikt mit neuen linken Regierungen, die in Lateinamerika alternative Modelle wirtschaftlicher Integration jenseits neoliberaler Wettbewerbslogik erproben wollen. Zugleich treten Gewerkschaften, Bäuerinnen und Bauern, linke Abgeordnete und eine Vielzahl sozialer Organisationen gegen die Verhandlungsziele der EU auf, weil sie Verdrängungswettbewerb und die Vertiefung der sozialen Spaltung in ihren Gesellschaften befürchten.



Heike Hänsel begrüßte (v.l.n.r.) André Schmidt vom Ökumenischen Büro München, William Rodriguez und Alfredo Holguín im Bundestag.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE lud am 25. Mai Aktivistinnen und Aktivisten aus Lateinamerika und Deutschland ein, um gemeinsam zu diskutieren, wie der Protest gegen die EU-Freihandelspolitik in Lateinamerika und Europa noch verstärkt und besser vernetzt werden kann und welche solidarischen Alternativen wir der neoliberalen EU-Handelspolitik entgegensetzen wollen. Über 60 Interessierte folgten der Einladung in die Räume des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) und hörten die Berichte der Referenten William Rodriguez und Alfredo Holguín.

William Rodriguez ist Mitglied im nicaraguanischen Netzwerk Movimiento Social Nicaragüense Otro Mundo Es Posible und im gesamtamerikanischen Widerstandsnetzwerk Alianza

Social Continental (ASC). Er bewertet die Haltung der nicaraguanischen Regierung in den Verhandlungen mit der EU ambivalent. Einerseits unterstützten die sozialen Bewegungen die Forderung nach Kompensationszahlungen, die die nicaraguanische Regierung an die EU richtet, und begrüßten den kurzzeitigen Rückzug Nicaraguas aus den Verhandlungen zwischen EU und Zentralamerika. Andererseits ließ sich die nicaraguanische Regierung von der EU-Kommissarin recht leicht wieder zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bewegen. Um einen Abschluss der Verhandlungen zu verzögern, muss der Druck der sozialen Bewegungen noch verstärkt werden. Auf der regionalen Ebene koordiniert sich dieser Widerstand in der ASC und zahlreichen weiteren Netzwerken und Foren.

Die Verhandlungen der EU mit der Gruppe der Andenstaaten scheiterten am Widerstand der bolivianischen Regierung gegen die Freihandelsziele der EU bzw. daran, dass die EU nicht bereit war, ihre Agenda zu verändern und die Entwicklungsbelange ihrer Partner zu berücksichtigen. Stattdessen verhandelt die EU nun bilateral mit einzelnen Mitgliedern des Andenpakts: Kolumbien und Peru. Sie agiert damit offen gegen die regionale Integration in Südamerika. In Kolumbien wird der Widerstand gegen die Assoziierungsabkommen von Indigenen und Bauernorganisationen getragen und ist mit dem Polo Democratico Alternativo (PDA) auch parlamentarisch stark verankert.

Alfredo Holguín ist Mitglied der Nationalen Leitung des Mitte-Linksbündnisses Polo Democratico Alternativo in Kolumbien und dort im Ausschuss für Internationale Beziehungen. Der PDA kritisiert, dass das EU-Abkommen die ökonomische Abhängigkeit verstärken und der EU den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen Kolumbiens erleichtern würde. Die bereits bestehenden Konflikte in Kolumbien würden dadurch verstärkt und die Menschenrechtssituation noch verschlechtert – etwa im Zusammenhang mit der vorgesehenen Ausweitung des Ölpalmenanbaus. Insgesamt bewertet der PDA das EU-Abkommen als noch gefährlicher für die Menschen in Kolumbien, als das geplante Freihandelsabkommen mit den USA.

Die Fraktion DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Bundestag die Assoziierungsverhandlungen zum Thema und die Kritik aus Lateinamerika hörbar gemacht. In ihrem Antrag (BT-Drs. 16/5045) fordert DIE LINKE, in den Verhandlungen mit Zentralamerika und Andenstaaten nicht auf Freihandel und Wettbewerb, sondern auf entwicklungsförderliche Abkommen zu setzen und die regionale Integration zu unterstützen. Die linke Abgeordnete Heike Hänsel kündigte an, auch in der 17. Legislaturperiode die Auseinandersetzung mit der EU-Handelspolitik ganz oben auf die Agenda ihrer parlamentarischen Arbeit zu setzen. Rodriguez forderte DIE LINKE auf, kurz vor Abschluss der Verhandlungen nochmals eine Parlamentarische Initiative in den Bundestag einzubringen. Der Appell aus dem Publikum, anlässlich des nächsten EU-Lateinamerika-Gipfels 2010 in Madrid breit zum Gegengipfel zu mobilisieren, wurde von Heike Hänsel zustimmend aufgegriffen. Die Abgeordnete regte außerdem an, ein internationales Tribunal zu den Folgen der EU-Freihandelspolitik vorzubereiten.

Bericht: Alexander King

Für einen grundlegenden Wandel der Afrikapolitik!

Positionspapier von Hüseyin Aydin zur Afrikapolitik von DIE LINKE, vorgestellt auf einer Diskussionsveranstaltung der Deutschen Afrika-Stiftung am 12. Mai 2009

„Steht Afrika zur Wahl?“ fragt die Deutsche Afrika-Stiftung e.V. Ich fürchte, wir kommen nicht umhin festzustellen, dass sich das Interesse für unseren Nachbarkontinent hier in Deutschland in sehr engen Grenzen hält. Ein Grund dafür ist, dass viele Wählerinnen und Wähler glauben, die dortigen Zustände und Probleme hätten mit uns und unserem Leben hier nichts zu tun. Das ist ein populärer Trugschluss, gegen den meine GenossInnen, einige KollegInnen im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) und ich immer wieder ankämpfen. Im Auswärtigen Amt sieht man hingegen sehr wohl die Verbindungen zwischen Europa und Afrika, nimmt sie jedoch oft – wie bei der Migration – lediglich als Bedrohung wahr.

Ob Subventionen für Agrarprodukte, Rohstoffimporte aus Kriegs- und Krisenregionen oder eine arrogante und machtversessene Handels- und Finanzpolitik – die Staaten des Nordens, das heißt auch die Europäische Union und somit Deutschland, müssen sich endlich zu ihrer Verantwortung für die großen sozialen und politischen Probleme und Herausforderungen in Afrika bekennen. Zu lange haben wir – also die, denen es um tatsächliche und nachhaltige Veränderungen in der globalen Architektur geht – uns abspesen lassen mit einer kleinen Erhöhung der Entwicklungshilfe hier, einer Umschuldung oder einem Mikrokreditprogramm dort.

Das reicht meiner Partei und mir nicht. In enger und solidarischer Kooperation mit Aktivisten und Initiativen in Afrika treten wir ein für einen grundlegenden Wandel: Schluss mit dem Dogma der Freihandelspolitik, Schluss mit den Subventionen für die Agrarindustrie im Norden, die verantwortlich ist für die Zerstörung von Märkten und Menschenleben im Süden. Stattdessen fordern wir: Gerechte und transparente Entschuldung durch Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens. Verbot von hoch spekulativen Geschäften mit Nahrungsmitteln. Eindämmung der Kapitalflucht durch Schließung der Steueroasen.

Durchsetzung der Ernährungssouveränität

Die Durchsetzung der Ernährungssouveränität in afrikanischen Staaten genießt für meine Partei und mich höchste Priorität. Über die Entwicklungshilfe müssen wir vor allem dem kleinbäuerlichen Sektor Unterstützung zukommen lassen, denn die meisten Menschen in Afrika leben trotz der rasch voranschreitenden Verstädterung nach wie vor auf dem Land. In diesem Zusammenhang sind die massiven Landkäufe durch asiatische und europäische Unternehmen in afrikanischen Staaten höchst besorgniserregend. Dadurch werden Landkonflikte verstärkt oder erst geschaffen. Die Auseinandersetzungen über den Zugang zum Land, verschärft durch die Folgen des Klimawandels, sind eine wichtige Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen zum Beispiel im Sudan, der Demokratischen Republik Kongo oder in Nigeria.

Die unverantwortliche Agrarpolitik von Europäischer Union und den USA trägt durch die Subventionen für landwirtschaftliche Produkte ihren ganz erheblichen Teil zum Ernährungsnotstand in vielen afrikanischen Ländern bei. Dadurch werden

Hunderttausende Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ruin getrieben. Der Export von Fleisch, das in Europa in der Mülltonne landen würde, zerstört die Existenzen von Viehzüchtern und untergräbt die Eigenversorgung im Süden. Die Entwicklungsländer Afrikas müssen in die Lage versetzt werden, adäquate Schutzmaßnahmen für diese wichtigen Märkte zu ergreifen. Die erpresserische Praxis der Öffnung der Märkte im Gegenzug für Kredite und Hilfen durch die internationalen Finanzorganisationen muss ein Ende haben.

Friedenspolitik

Deutsche und europäische Afrikapolitik muss in erster Linie Friedenspolitik sein. Wo Krieg, Gewalt und Zerstörung herrschen, kann keine soziale und wirtschaftliche Entwicklung auf den Weg gebracht werden. In enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union sowie den Regionalorganisationen müssen Mechanismen und Instrumente entwickelt werden, die die frühzeitige Identifizierung von sich anbahnenden Konflikten ermöglichen. Wenn rechtzeitig und koordiniert Maßnahmen zur Entspannung von Streitigkeiten ergriffen werden, braucht gar nicht erst über fragwürdige Militäreinsätze in Afrika nachgedacht werden. Die Militarisierung der EU-Afrikapolitik lehnen wir entschieden ab.

Migrationspolitik

Die tödliche Migrationspolitik der EU treibt in jedem Jahr Hunderte Menschen in den Tod. Fast wöchentlich lesen wir von einer neuen Tragödie im Mittelmeer, wenn ein Flüchtlingsboot Dutzende vor Lanzarote oder den Kanaren mit in den Tod reißt. Die Migrationsstrategie der EU mit all ihren Abkommen mit Anrainerstaaten, der restriktiven Asylpolitik und der hochgerüsteten Abschottung ist bereits seit langem gescheitert. Statt das Problem der Armutsmigration und der politischen Vertreibungen immer weiter nach Afrika abzudrängen, müssen endlich die Fluchtursachen wirksam bekämpft werden. Nur wenige verlassen freiwillig ihre Heimat. An den Grenzen Europas zeigt sich: Die Menschenrechte sind, trotz der internationalen Abkommen, doch teilbar. Das muss sich ändern.

Bürgerkriegsflüchtlinge und Menschen, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung, Religion oder sexuellen Orientierung verfolgt werden, müssen Asyl erhalten – ohne wenn und aber. Dafür stehe ich, dafür steht DIE LINKE. Im Jahre 2006 machten wir uns zum Beispiel für den Stopp der Abschiebungen nach Togo stark. Dort waren Rückkehrer akut durch die Verfolgung durch Sicherheitskräfte bedroht. Die Abschiebungen von simbabwischen Flüchtlingen aus Großbritannien stehen im besonderen Gegensatz zur kritischen Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Regime von Robert Mugabe.

Wirtschaftsinteressen versus Menschenrechte

Die Relevanz Afrikas für die deutsche Außenpolitik bemisst sich leider fast ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien. Dabei sind besonders Investitionen im Infrastrukturbereich, die Erdöl produzierenden Länder und darüber hinaus Südafrika für Deutschland interessant. Die Ölstaaten, in denen die Produktion und der Export von Flüssiggas (auch durch deutsche Firmen) an Bedeutung gewinnen, sind oft geprägt durch grassierende Korruption, Machtmissbrauch, Umweltzerstörung und die gewaltsame Unterdrückung von oppositionellen Gruppen. Beispiele dafür sind Nigeria, Äquatorial-Guinea, Tschad oder Angola. Viel zu selten oder gar nicht sprechen sich führende Außen- und Wirtschaftspolitiker Deutschlands gegen diese Zustände aus. Zu wichtig sind die

ökonomisch-strategischen Interessen wie zum Beispiel die Diversifizierung der Energieimporte. Das steht im krassen Gegensatz zu der bei vielen anderen Gelegenheiten durch die deutsche Regierung und auch den Bundespräsidenten gepredigten Verteidigung der Menschenrechte.

Partnerschaftliche Entwicklung heißt für mich, derartige Missstände deutlich zu benennen und den gesellschaftlichen Gruppen, die dagegen opponieren, den Rücken zu stärken. Viele Einzelpersonen und Initiativen in Afrika sind aktiv gegen die soziale und politische Unterdrückung, die leider allzu häufig anzutreffen ist. Sie brauchen die Solidarität und Unterstützung durch verlässliche Partner aus dem Norden. Deshalb pflegt DIE LINKE ein intensives Verhältnis zu progressiven Organisationen, Wissenschaftlern und auch Parteien in Afrika. Es geht hier ausdrücklich um die gegenseitige Verständigung: Wir hier in Europa müssen ein Verständnis entwickeln für die Herausforderungen, vor denen die meisten Afrikanerinnen und Afrikaner stehen. Aus diesen Erkenntnissen muss sich unsere Afrikapolitik speisen.

Veranstaltungshinweis, 27.6.2009

DIE LINKE.

Rosa Luxemburg Stiftung

laden ein zur Konferenz:

Krise der Politik – Politik der Krise

Rahmenbedingungen, Akteure und Perspektiven emanzipatorischer Politik in Afrika

Datum: **Samstag, 27. Juni 2009**
Tagungsort: IG-Metall-Haus, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin
(U-Bahnhof Hallesches Tor)

Eintritt frei

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat Afrika längst erreicht und zur Verschärfung von Armut und Hunger geführt. Durch die Krise vertiefen sich die strukturellen ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche, die afrikanische Gesellschaften seit Jahrzehnten prägen. Zwar wächst in Afrika der Widerstand gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell. Doch in Deutschland ist über das breite Spektrum progressiver und linker afrikanischer Kräfte, die sich für politische Reformen und soziale Gerechtigkeit einsetzen, wenig bekannt.

Ziel der Konferenz ist, ein klareres Bild über die Vielfalt progressiver Kräfte in Afrika, ihre Ziele und auch ihre Probleme zu gewinnen. Mit afrikanischen und deutschen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen wollen wir

- strukturelle Bedingungen analysieren, mit denen progressive und linke Kräfte Afrikas konfrontiert sind,
- uns über die Vielfalt aktiver Gruppen aus alten und neuen sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien und lokalen Initiativen informieren,
- die Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten dieser Kräfte ausloten,

- afrikanische Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zur Diskussion stellen.

Es diskutieren Hüseyin Aydin (DIE LINKE), Ndèye Lucie Cissé (PIT Senegal), Gero Erdman (GIGA, Deutschland), Njeru Kathangu (CREDO-Foundation, Kenia), Romin Khan (Deutschland), Tendai Makanza (ANSA, Simbabwe), Oumar Mariko (SADI, Mali), Vishwas Satgar (Initiative for a New Left, Südafrika), Klaus Schlichte (Universität Magdeburg) u.v.a

Organisatorisches:

Konferenzsprache ist deutsch. Simultanübersetzung Englisch und Französisch

Eine Anmeldung ist erforderlich (Kontakt: MdB-Büro Aydin)

Programm: <http://www.hueseyin-aydin.de/topic/98.termine.html?id=157>

Weitere Informationen und Kontakt:

Björn Aust; MdB-Büro Aydin

Telefon: (030) 22 77 34 94

Email: hueseyin.aydin.lt@bundestag.de

Konferenzablauf*

- | | |
|----------|---|
| Bis 9:30 | Anmeldung |
| 9:30 | Begrüßung
Monika Knoche [Fraktion DIE LINKE, Vorsitzende des Arbeitskreis Internationale Politik] |
| 9:45 | Podiumsdiskussion:
„Klienten, Patron, Staatsbürger und Genossen“:
Akteure, Herausforderungen und Perspektiven linker Politik in Afrika
Mtumishi, Njeru Kathangu (CREDO-Foundation; Kenia)
Ndèye Lucie Cissé (ZK der PIT, Senegal]
Gero Erdmann [GIGA Hamburg]
Moderation: Helmut Scholz [Mitglied d. Parteivorstands DIE LINKE, angefragt] |
| 11:45 | Kaffeepause |
| 12:00 | Plenarvortrag mit Diskussion zum Thema
Das neo-liberale Modell ist gescheitert – wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen für Afrika
Tendai Makanza [ANSA, Simbabwe]
Cornelia Heydenreich [Germanwatch; angefragt]
Moderation: Florian Buttolo [Weed; angefragt] |
| 13:30 | Mittagspause (Imbiss) |
| 14:30 | Plenarvortrag mit Diskussion zum Thema
Einfach nur überleben... – Ursachen gewaltsamer Konflikten und Lösungsmöglichkeiten
Mtumishi Njeru Kathanga [CREDO-Foundation, Kenia]
Klaus Schlichte [Universität Magdeburg]
Moderation: Angela Mickley [Fachhochschule Potsdam; angefragt] |
| 16:00 | Kaffeepause |

- 16:15 **Plenarvortrag mit Diskussion zum Thema
Und wohin jetzt? – die Linke zwischen Bewegung und Partei. Der Fall
Südafrika.**
Vishwas Satgar [Initiative for a New Left, Südafrika]
Romin Khan [Politikwissenschaftler, Journalist]
Moderation: **Arndt Hopfmann** [RLS]
- 18:00 **Abendbuffet** (Afrikanische und internationale Küche)
- 19:00 **Öffentliche Podiumsdiskussion
Für eine neue Afrikapolitik**
Thilo Hoppe, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (Bündnis 90 / Grüne) [angefragt]
Hüseyin Aydin (*DIE LINKE*): Alternativen der LINKEN
Oumar Mariko (*SADI, Mali*): Alternativen zur EU-Afrika-Politik
Tendai Makanza. (*ANSA, Simbabwe*): „Afrikapolitik“ vom Süden gesehen
Moderation: **Armin Paasch** [FIAN; angefragt]
- 21:00 **Empfang** und Ende der Konferenz

Rede, 7.5.2009

Landraub im Süden muss gestoppt werden

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern haben ein Recht auf Land und Ressourcen. Rede von Hüseyin Aydin im Plenum des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2009 zu Top 26: Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Landrechte stärken – „Land Grabbing“ in Entwicklungsländern verhindern“ (BTD 16/12735)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen zur Kenntnis, dass es weltweit bereits über 900 Millionen Menschen gibt, die hungern. Landlose und landarme Bauern in den Ländern des Südens machen 70 Prozent der Hungernden aus. Die Jagd nach Agrarland, über die wir heute sprechen, hat nicht erst in diesem Jahr begonnen. Aber die Nahrungsmittelkrise, der Boom bei Agrartreibstoffen und die Finanzkrise haben diese Entwicklung massiv verstärkt. Es begann eine Bieterschlacht um verfügbares Land. Vor allem die Erdöl produzierenden arabischen Staaten, aber auch europäische und asiatische Konzerne brauchen mehr Land, um Nahrungsmittel und Energiepflanzen anzubauen. In Ländern wie Madagaskar, Uganda, Sudan, Mali, Brasilien oder Indonesien werden zurzeit Flächen verkauft oder verpachtet. Um Ausfuhrstopps zu umgehen, werden oft intransparente Verträge abgeschlossen. Ein saudischer Geschäftsmann bestätigt, dass in den Verträgen ein geringer Prozentsatz für die lokalen Märkte vorgesehen ist, „um sicherzustellen, dass Land und Leute uns keine Probleme bereiten.“ Das ist zynisch!

(Beifall bei der LINKEN)

Landraub ist ein schamloses Ausnutzen der Krisensituation von Menschen, von Gesetzeslücken und von nationalen Konflikten. In vielen Ländern sind die Landrechte vor allem der indigenen Bevölkerung ungeklärt. In Krisengebieten wie im Kongo oder im Sudan verlassen Menschen auf der Flucht ihr Land und können keine Besitzansprüche erheben.

Auch die Entwicklungspolitik hat den Kampf um Land verschärft. Das 1,2-Milliarden-Dollar-Programm der Weltbank als Reaktion auf die Krise 2008 beinhaltet marktorientierte Reformen des Bodenrechts. Das bedeutet die direkte Bevorzugung von exportorientierten Großkonzernen. Die ärmeren Bauern verkaufen ihr Land, verführt durch für hiesige Verhältnisse hohe Landpreise oder gezwungen durch Schulden und fehlende Perspektiven.

Der Antrag der Grünen greift viele wichtige Punkte auf, um Landraub zu beenden und eine gerechte Landverteilung in den Ländern zu unterstützen. In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit muss eine Gewährleistung des Menschenrechts auf Nahrung und gerechte Landreformen unbedingte Priorität haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich warne eindringlich davor, Land zu einer handelbaren Ware zu machen. Die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln muss oberste Priorität haben. Das mosambikanische Landgesetz ist eine gute Vorlage, der andere Länder folgen können. Darin werden die Landrechte der Subsistenzbauern – das sind fast 60 Prozent der Bevölkerung – gesetzlich abgesichert. Der Staat vergibt Landnutzungsrechte auch an Gruppen, die den Boden seit mindestens zehn Jahren bewirtschaften. Bevor ein Titel an einen Investor vergeben wird, muss die Bevölkerung der Vergabe zustimmen. Dieses Gesetz ist sehr fortschrittlich. Wir sollten es unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Kollegen der CDU/CSU meinen, der vorliegende Antrag setze falsche Schwerpunkte. Die Regierung habe keinen Einfluss auf Verträge zwischen Entwicklungsländern und Investoren, heißt es auf ihrer Homepage. Das ist ebenso falsch wie fadenscheinig. Der Fall des bilateralen Investitionsabkommens zwischen Deutschland und Paraguay beweist das Gegenteil.

Viele haben dort Land aus Spekulationsgründen gekauft, unter ihnen auch Deutsche. Eine indigene Gemeinschaft im Chaco-Gebiet fordert seit 1991 die Rückgabe ihres traditionellen Territoriums, das sich im Besitz des deutschen Großgrundbesitzers Roedel befindet. So macht sich Deutschland zum Komplizen von staatlicher Zwangsräumung und Menschenrechtsverletzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir den Antrag der Grünen, mit dem sie auf dem richtigen Weg sind, unterstützen. Ich hoffe, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und SPD im Rahmen der Ausschussberatungen ebenfalls bereit erklären, diesen Antrag zu unterstützen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützung für afghanische Abgeordnete, die US-Bombenangriff auf Zivilisten in ihrer Provinz anklagt

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, fordert in einem Offenen Brief den Bundesaußenminister auf, den jüngsten US-Bombenangriff auf Zivilisten in der westafghanischen Provinz Farah zu verurteilen und die Afghanistan-Politik der Bundesregierung zu ändern. Sie unterstützt damit die Kritik der afghanischen Parlamentarierin Malalai Joya aus Farah an der militärischen Besatzung in Afghanistan.

Sehr geehrter Herr Außenminister, mit Bestürzung habe ich von den jüngsten US-Bombenangriffen auf Zivilisten in der Provinz Farah erfahren. Vor einigen Tagen erreichte mich eine Pressemitteilung der Parlamentsabgeordneten aus Farah, Malalai Joya, die ich Ihnen hiermit gerne zukommen lassen möchte.

Ich fordere Sie hiermit auf, dieses Massaker an Zivilisten im Namen der Bundesregierung zu verurteilen und endlich die Afghanistan-Politik der Bundesregierung zu ändern. Die Präsenz der ausländischen Truppen in Afghanistan bedeutet nur noch mehr Leid für die Bevölkerung! Die Menschen brauchen Entwicklung statt Besatzung!

Malalai Joya ist 2005 als jüngste Parlamentarierin gewählt worden. Nur zwei Jahre später, nach mehreren tätlichen Angriffen von anderen Abgeordneten auf ihre Person, wurde sie wegen ihrer mutigen kritischen Haltung gegenüber den Warlords in der Regierung und im Parlament illegal suspendiert. Seitdem lebt Joya mittellos und im Untergrund, hat fünf Mordanschläge überlebt, darf nicht legal aus ihrem Land ausreisen und muss täglich ihre Unterkunft wechseln. Trotz dieser Umstände ist Joya in der Bevölkerung als Politikerin, Sozialarbeiterin und Frauenrechtlerin hoch geachtet, international ist Frau Joya mit Menschenrechtspreisen ausgezeichnet worden, u.a. dem Cinema for Peace Award in Berlin. Auf meinen Antrag hin hat der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages Joya in die Parlamentarierschutzaktion „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ aufgenommen.

Ich habe in den letzten Jahren mehrfach Malalai Joya als Partnerin der Afghanistanarbeit der Linksfraktion in Berlin zu Gast gehabt. Ihre Berichte decken sich mit denen vieler Menschenrechtsorganisationen, die betonen, dass die Teilhabe von Warlords, von denen viele in Korruption, Drogengeschäfte und Gewalt verstrickt sind, an der politischen Macht eines der Hauptprobleme in Afghanistan ist.

Wenn Malalai Joya in ihrer aktuellen öffentlichen Erklärung, die ich Ihnen als Anlage zukommen lasse, die NATO-Strategie in Afghanistan aufs schärfste kritisiert und zum wiederholten Mal einen Abzug der Truppen fordert, sollte Ihnen dies zu denken geben.

Herr Außenminister, ich bitte Sie, Stimmen wie die von Malalai Joya, die aus dem Herzen der Zivilgesellschaft in Afghanistan kommen und dem immensen Leid der Frauen und Männer, das durch den NATO-Einsatz noch verschärft wird, Ausdruck geben, ernst zu nehmen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen, Heike Hänsel, MdB

“Dieses Massaker bietet der Welt einen Einblick in die Schrecken, unter denen unsere Bevölkerung leidet!”

Parlamentsabgeordnete Malalai Joya aus der afghanischen Provinz Farah verurteilt die NATO-Bombardierungen:

Als gewählte Repräsentantin von Farah, Afghanistan, schließe ich mich denjenigen Stimmen an, welche die NATO-Bombardierung mit über 150 Toten in meiner Provinz Anfang Mai verurteilen. Dieses jüngste Massaker bietet der Welt einen Einblick in die Schrecken, unter denen unsere Bevölkerung leidet.

Wie ich auf einer Pressekonferenz in Kabul am 11. Mai erklärt habe, wollen die US Militärbehörden diese Realität dennoch nicht wahrnehmen. Wie üblich haben sie versucht, die Zahl der getöteten Zivilisten herunterzuspielen, aber mir liegen Informationen vor, nach denen 164 Zivilisten bei den Bombardierungen getötet wurden. Ein von Trauer gezeichneter Mann aus dem Dorf Geranai erklärte auf der Pressekonferenz, dass er 20 Mitglieder seiner Familie bei dem Massaker verloren hat.



Darüber hinaus scheint die afghanische Regierungskommission die Zahl der getöteten Kinder, die jünger als drei Jahre alt waren, zu verschweigen. Die Regierungskommission, welche nach drei Tagen zu dem Dorf reiste – als bereits alle Opfer von den Dorfbewohnern in Massengräbern beerdigt worden waren – ist nicht dazu bereit, diese Liste zu veröffentlichen. Wie können die Leben von Afghanen mit einem solchen Mangel an Respekt behandelt werden?

Die Neuigkeit der letzten Woche ist, dass die Vereinigten Staaten ihren höchsten Militäroberbefehlshaber in Afghanistan ausgewechselt haben, aber ich denke, dass dies nur ein Trick ist, um unsere Leute zu täuschen. Mit diesem Manöver wird die Verantwortung für die allgemein desaströse Strategie in Afghanistan einer Einzelperson zugeschoben.

Der afghanische Botschafter in den USA sagte in einem Interview mit Al Jazeera, dass, wenn eine “angemessene Entschuldigung” folgen würde, die Menschen diese zivilen Toten “verstehen werden”. Aber die Afghanen wollen nicht nur “Entschuldigung” hören. Wir fordern ein Ende der Besatzung von Afghanistan und die Beendigung solch tragischer Kriegsverbrechen. Die Demonstrationen von Studierenden und anderen gegen diese jüngsten Luftangriffe und die Proteste von Hunderten von Frauen in Kabul, zeigen der Welt einen Weg auf hin zu einer wirklichen Demokratie in Afghanistan.

Trotz der weit verbreiteten Verfolgung und Bedrohung von Frauen, sind Frauen auf die Straßen gegangen und haben verlangt, dass das Gesetz zur Legalisierung von

Vergewaltigung in der Ehe und zur Kodifizierung der Unterdrückung von schiitischen Frauen in unserem Land zurückgezogen wird. Ebenso wenig wie die US Luftangriffe den Afghanen Sicherheit gebracht haben, hat die Besetzung auch den afghanischen Frauen Sicherheit beschert. Ganz im Gegenteil.

Dieses mittlerweile berüchtigte Gesetz ist nur die Spitze des Eisbergs der frauenrechtlichen Katastrophe in unserem besetzten Land. Das ganze System, besonders die Gesetzgebung, ist mit dem Virus des Fundamentalismus infiziert und so können in Afghanistan Männer Verbrechen gegen Frauen begehen, ohne Strafverfolgung fürchten zu müssen. Die Zahlen von Entführungen, Gruppenvergewaltigungen, und häuslicher Gewalt sind so hoch wie nie zuvor, und auch die Zahl der Frauen, die sich selbst verstümmeln oder Selbstmord begehen, ist besorgniserregend gestiegen. Es ist äußerst tragisch, dass Frauen sich lieber selbst verbrennen, als das Leben in der Hölle unseres „befreiten“ Landes zu ertragen.

Die afghanische Verfassung beinhaltet Klauseln für Frauenrechte – ich selbst war eine von vielen weiblichen Delegierten in der Loya Jirga (verfassungsgebende Versammlung) 2003, die sich dafür eingesetzt haben, diese Festlegungen aufzunehmen. Aber dieses Gründungsdokument für das „neue Afghanistan“ war auch von dem starken Einfluss der Fundamentalisten und Warlords gezeichnet, mit denen Karzai und der Westen von Anfang an Kompromisse geschlossen haben.

In der Tat war ich nicht wirklich überrascht von dem jüngsten Gesetz gegen Frauen. Als die USA und ihre Alliierten die Taliban durch die alten, bekannten Warlords und Fundamentalisten der Nordallianz ersetzt haben, konnte ich sehen, dass der einzige Fortschritt, den wir erleben würden, vom Regen in die Traufe führen würde.

In den letzten Jahren hat es eine ganze Serie von haarsträubenden Gesetzen und Gerichtsentscheidungen gegeben. Ein Beispiel ist das verabscheuungswürdige Gesetz zur „nationalen Versöhnung“, das Warlords und Kriegsverbrechern, von denen viele im afghanischen Parlament sitzen, Immunität vor Strafverfolgung gewährt. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung haben die Weltmedien und Regierungen dieses Gesetz ignoriert.

Meine Opposition zu diesem Gesetz war einer der Gründe, weshalb ich, eine gewählte Abgeordnete aus der Provinz Farah, im Mai 2007 aus dem Parlament geworfen wurde. Noch aktueller ist der Fall des jungen Studenten Parvez Kambakhsh, der nur für die angebliche Verbreitung eines kritischen Artikels an der Universität mit einer 20-jährigen Haft bestraft wurde.

Uns wird erzählt, dass zusätzliche US- und NATO-Truppen nach Afghanistan kommen, um bei der anstehenden Präsidentschaftswahl Sicherheit zu gewähren. Aber, offen gesagt, legen die Afghanen keine Hoffnung in diese Wahl – wir wissen, dass es keine wirkliche Demokratie unter der Herrschaft der Gewehre der Warlords, Drogenmafia und Besetzung geben kann.

Mit Ausnahme von Ramazan Bashedost sind alle anderen Kandidaten die bekannten, diskreditierten Gesichter, die zur Mafia-ähnlichen und gescheiterten Regierung von Hamid Karzai gehören. Wir wissen, dass eine Marionettenregierung durch eine andere ersetzt werden kann und dass der Gewinner dieser Wahl mit hoher Wahrscheinlichkeit hinter den geschlossenen Türen des Weißen Hauses und des Pentagons ausgewählt werden wird. Ich muss damit schließen, dass diese Präsidentschaftswahl nur ein Schauspiel ist, um die

zukünftige US-Marionette zu legitimieren.

Wie im Irak hat der Krieg keine Befreiung nach Afghanistan gebracht. In beiden Kriegen ging es nicht wirklich um Demokratie oder Gerechtigkeit, oder die Bekämpfung terroristischer Gruppen. Stattdessen ging und geht es um die strategischen Interessen der USA in dieser Region. Wir Afghanen mochten nie eine Pfandsache im "Great Game" des Imperiums sein, wie die Briten und Sowjets in den vergangenen Jahrhunderten zu spüren bekommen haben.

Es ist eine Schande, dass so viel von Afghanistans Wirklichkeit unter Verschluss gehalten wird vom westlichen Medienkonsensus, der den "guten Krieg" unterstützt. Möglicherweise, wenn die Bürger von Nordamerika besser über mein Land informiert wären, hätte Präsident Obama es nicht gewagt, mehr Truppen zu schicken und das Steuergeld der Bürger für einen Krieg auszugeben, der nur mehr Leiden für die Bevölkerung erzeugt und die Region in immer tiefere Konflikte stürzen wird.

Eine "Flut" an Truppen in Afghanistan und anhaltende Luftangriffe werden nicht dazu beitragen, die Befreiung der afghanischen Frauen zu erreichen. Das einzige, was diese militärische Strategie erreicht, ist, die Zahl der zivilen Opfer und den Widerstand gegen die Besatzung zu erhöhen.

Um afghanischen Frauen wirklich zu helfen, müssen die Bürger der USA und anderer Länder ihre Regierungen dazu auffordern, damit aufzuhören, ein Regime von Warlords und Extremisten zu unterstützen und zu schützen. Wenn diese Verbrecher endlich zur Rechenschaft gezogen werden, können afghanische Frauen und Männer unter Beweis stellen, dass sie sehr wohl in der Lage dazu, sind sich selbst zu helfen.

Malalai Joya war das jüngste Mitglied des afghanischen Parlaments, sie wurde 2005 in der Provinz Farah gewählt. Im Mai 2007 wurde sie illegal vom Parlament suspendiert.

NEU: Außenpolitik für eine friedliche Welt

Die aktuelle Broschüre der Fraktion DIE LINKE bilanziert die Arbeit des Arbeitskreises Internationale Politik der Fraktion mit dem Schwerpunkt auf Außen-, Entwicklungs- und internationale Strukturpolitik

In allen Debatten zur Internationalen Politik hat sich die Fraktion DIE LINKE immer von der Überzeugung leiten lassen, dass Frieden die einzige Option ist, dass zivile und friedliche Lösungen immer nötig und möglich sind. Deswegen haben wir auch immer wieder in der Öffentlichkeit und in unseren zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf die Ursachen von Kriegen hingewiesen: das Ausbeutungsverhältnis zwischen Norden und Süden, der wiederholte Bruch des Völkerrechts, die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, das anhaltende Wettrüsten und vieles andere mehr. Und wir haben unsere konkreten Alternativen für solidarische und gewaltfreie internationale Beziehungen vorgestellt.

Um solche Alternativen zu erarbeiten, waren und sind wir auf die enge Zusammenarbeit mit Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen in Deutschland und in aller Welt angewiesen. Aus dem intensiven Austausch insbesondere mit mutigen Frauen aus Afghanistan, Lateinamerika und dem Nahen Osten haben wir viel gelernt. Wir hoffen, umgekehrt auch zur Stärkung dieser wichtigen Stimmen beigetragen zu haben. In dieser Broschüre dokumentieren wir unsere Arbeit im Deutschen Bundestag und stellen gleichzeitig die Grundsätze dar, die unseren Lösungsvorschlägen für politische Probleme im Bereich der internationalen Politik zugrunde liegen. Außerdem beschreiben wir aktuelle – positive und beunruhigende – Entwicklungen, die uns zeigen, dass es sich lohnt und dass es weiter nötig ist, sich für eine friedliche, soziale, ökologische und gerechte Welt einzusetzen.

Monika Knoche, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Prof. Dr. Norman Paech, außenpolitischer Sprecher
Wolfgang Gehrcke, Obmann im Auswärtigen Ausschuss
Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin

Broschüre zum Download unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7751122936.pdf>

Bestellung über das Büro der Abgeordneten Heike Hänsel, Kontaktdaten siehe unten

Weiterhin bestellbar:

Afrika und DIE LINKE

Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik

Mit der aktuellen Broschüre „Afrika und DIE LINKE“ legt die Fraktion DIE LINKE ihre Grundzüge für eine linke, solidarische Afrikapolitik vor. Vor dem Hintergrund einer kritischen Analyse der Politik des Westens zeigt die Broschüre für wichtige Politikbereiche wie beispielsweise Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik und Konfliktbearbeitung alternative Strategien einer solidarischen Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit auf.

Die Studie ist hier abrufbar:

- Webseite von Hüseyin Aydin: www.hueseyin-aydin.de
- Webseite der Fraktion DIE LINKE:
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>

Frauen für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Krieg und Unterdrückung – weltweit

Dokumentation des Arbeitsschwerpunktes „Frauen und Frieden“

Heike Hänsel stellt Partnerinnen für eine konsequente Friedenspolitik vor, darunter Malalai Joya und Zoya (Afghanistan), Silvia Lazarte (Bolivien) und Gloria Cuartas (Kolumbien). Hänsel: "Für diese beeindruckenden Frauen haben wir versucht, Öffentlichkeit herzustellen, ihre Kämpfe bekannt zu machen und teilweise auch durch Besuche in der Krisenregion gefährdeten AktivistInnen „internationalen Schutz“ zu gewähren. Die Entschlossenheit und der Mut dieser Frauen haben uns tief beeindruckt und für die politischen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Parlaments viel Kraft gegeben."

Die Broschüre steht zum Download bereit unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7714498686.pdf>

Ein Ausdruck kann im Büro der Abgeordneten Heike Hänsel (Kontaktdaten, siehe Impressum) bestellt werden.

Wieder bestellbar:

Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die von Heike Hänsel und der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie von Jürgen Wagner (IMI Tübingen) war zwischenzeitlich vergriffen und wird nun aufgrund der großen Nachfrage nachgedruckt! Sie zeigt, wie die Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet. Die Studie ist auf der Website der Linksfraktion abrufbar und kann im Büro von Heike Hänsel bestellt werden:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de